

*Jančík, Drahomír: Třetí říše a rozklad malé dohody. Hospodářství a diplomacie v Podunají v letech 1936–1939 [Das Dritte Reich und das Auseinanderbrechen der Kleinen Entente. Wirtschaft und Diplomatie im Donauraum in den Jahren 1936–1939].*

Univerzita Karlová v Praze, Nakladatelství Karolinum, Praha 1999, 270 S., Zusammenfassung in dt. Sprache.

Jančíks Studie untersucht ein aus deutscher wie tschechoslowakischer Perspektive gleichermaßen wichtiges Problem der Außenwirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit: den Versuch der ČSR, in Konkurrenz zu Deutschland die Handelsbeziehungen zu den Staaten der Kleinen Entente in Südosteuropa – Jugoslawien, Rumänien – zu intensivieren und dadurch ein politisch-ökonomisches Gegengewicht zu den expansiven Ambitionen des „Dritten Reichs“ zu schaffen. Dieses stellte aufgrund seiner Hegemonieziele in der Region eine Bedrohung nicht zuletzt für die ČSR selbst dar.

Die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Bündnisses der ČSR mit den südosteuropäischen Agrarstaaten zu einem wirtschaftlich-politisch-militärischen Block waren 1936 nicht sonderlich günstig: die Remilitarisierung des Rheinlands war Indiz für den Zerfall des Versailler Systems, die Schwäche der westlichen Demokratien und den rücksichtslosen Machtwillen Hitlers. Jugoslawiens neutralistische Anwandlungen und sein Schwanken zwischen „prowestlich“ und „prodeutsch“ konterkarierten Beneš Pläne, die Kleine Entente in einen an Frankreich gekoppelten Beistandspakt gegen „jeglichen“ Aggressor zu verwandeln. Zwar beeinträchtigte das politische Auseinanderdriften Prags und Belgrads für sich genommen noch nicht das beidseitige Interesse an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen; die Tschechoslowakei war und blieb bedeutendster Handelspartner Jugoslawiens, vor allem auf dem Rüstungssektor. Hemmschuh der ökonomischen Integration war jedoch – und dies traf ebenso für Rumänien zu – die „objektiv“ geringe Komplementarität der Volkswirtschaften. Die schlagkräftige politische Lobby der tschechoslowakischen Landwirtschaft wehrte sich gegen Agrarimporte aus dem Südosten; zudem produzierten die – durch Handelsströme in die Gegenrichtung nicht ausbalancierten – Rüstungslieferungen der ČSR an die beiden Partner Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz.

Auf der Gegenseite wuchsen im Zuge der Autarkiebestrebungen des Vierjahresplans die am deutschen Rüstungsbedarf orientierten rumänischen Lieferungen ins deutsche Reich: neben landwirtschaftlichen Produkten war vor allem das Erdöl kriegswichtig. Die Schulden des Reichs wurden durch Importe aus Deutschland beglichen; im Zuge des steigenden bilateralen Warenaustauschs nahm so die Abhängigkeit Rumäniens zu. Auf den innerrumänischen Konflikt zwischen einer prodeutschen und einer prowestlichen Richtung reagierte Deutschland geschmeidig mit Konzessionen hinsichtlich der vom Partner gewünschten Struktur deutscher Warenlieferungen. Nicht unbegründet waren andererseits die Erwartungen Berlins, die Aktivitäten der faschistoiden „Eisernen Garde“, der „Fünften Kolonne“ des Reichs, würden die Konzessionsbereitschaft Königs Carols und der rumänischen Regierung steigern.

Auch die deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen intensivierten sich im Zeichen des deutschen Interesses am jugoslawischen Rohstoffreichtum. Trotz hie und da schwankender Haltung Rumäniens und Jugoslawiens war an der außerordentlichen, schlechterdings nicht zu ersetzenden Bedeutung des deutschen Marktes für beide Volkswirtschaften nicht zu rütteln. Die intensiven Bemühungen der Tschechoslowakei um eine Abkoppelung der beiden Partner vom Reich erwies sich angesichts der überlegenen deutschen Kapitalkraft bzw. der enormen Abnahmekapazität des deutschen Marktes und der zögerlichen Unterstützung durch die Westmächte als aussichtslos. Zwar waren die Handelsbeziehungen der ČSR zu Jugoslawien und Rumänien – und hier vor allem die Rüstungslieferungen – keineswegs unbedeutend; die starke, durch Investitionen in die rumänische Rüstungsindustrie flankierte tschechoslowakische Position konnte bis „München“ durch die deutsche Konkurrenz nicht unterminiert werden, auch wenn bedeutende Strömungen im eigenen Land – vertreten etwa durch Jaroslav Preiss, den Leiter der überaus einflussreichen Gewerbebank – einen Ausgleich mit Deutschland vorgezogen hätten und eine Bewaffnung der Kleinen Entente als störendes Element betrachteten.

Der „Anschluß“ Österreichs machte dann jedoch die Position Deutschlands in Rumänien und Jugoslawien unübersichtlich. Er demonstrierte die Ohnmacht der französischen Außenpolitik; an der britischen Zurückhaltung vermochte er nichts zu ändern. Angesichts der weit fortgeschrittenen Abhängigkeit des jugoslawischen Außenhandels von Deutschland hatten neuerliche Verhandlungen über tschechoslowakische Waffenlieferungen wenig Chancen; „München“ machte das Thema dann obsolet. In Rumänien waren die Niederwerfung der Eisernen Garde und – in der Folge – die Königsdiktatur kein Befreiungsschlag.

Mit „München“ war dann die Rolle der Tschechoslowakei als selbständiger politischer Faktor im Donaauraum ausgespielt. Die Wirtschaftsbeziehungen zur Kleinen Entente bestanden fort, wurden jedoch entpolitisiert. Die Okkupation der sogenannten „Rest-Tschechei“ vom März 1939 stärkte noch einmal die Position der „realistischen Kräfte“ in der rumänischen und jugoslawischen Politik; sie öffnete dem „Dritten Reich“ endgültig den Weg zur Beherrschung der beiden Staaten und zur Nutzung ihrer Ressourcen. Eine latent zerfallsträchtige Kombination wurde so, wie die solide recherchierte und überzeugende Studie zeigt – letztlich durch Gewalt zersprengt. Das Beispiel Jugoslawiens und Rumäniens erweist, daß die kleinen Länder an der europäischen Peripherie nicht in der Lage waren, ohne Hilfe der westeuropäischen Demokratien ihre Umwandlung in Objekte des national-sozialistischen Imperialismus zu verhindern.